

**Jörg Kunert**

Dr. Torsten Fischer

## Konsensorientierter Dialog bei der Stilllegung der Atomanlagen des Helmholtz-Zentrums Geesthacht (ehemals GKSS)

## Geschichte

---

1956 > GKSS: Gesellschaft zur Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt

1968 – 1979 > Nuklearfrachter NS Otto Hahn

1974 > Reaktorsicherheit

seit 1970 > Umwelttechnik mit Membranen, Meerestechnik, Unterwasserschweißen

1979 > Materialforschung („Röntgen“) mit Neutronen

2010 > Endgültige Abschaltung des Forschungsreaktors

2010 > Helmholtz-Zentrum Geesthacht, Zentrum für Material- und Küstenforschung

Leichtbau, Membranen für den Umweltschutz, Biomaterialien für die Medizin,  
Klima- und Küstenforschung

## Motivation

---

Wir leben in Geesthacht und der Region.

Wir sind Nachbar und Arbeitgeber.

Wir betreiben eine komplexe Forschungsinfrastruktur.

Wir machen Wissenschaft transparent.

Wir verstehen Mediation als ein wichtiges Werkzeug des Verstehens.

Axel Drawe, Leiter des Strahlenschutzes, HZG

Dr. Torsten Fischer, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, HZG

Dr. Peter Schreiner, Leiter Forschungsreaktor HZG

Dr. Iris Ulrich, Leiterin Programmplanung und Controlling, HZG



## **Silke Christina Freitag**

Sozialpädagogin, Psychologin, Mediatorin <sup>BM</sup>  
und Ausbilderin für Mediation <sup>BM</sup>

Universität Hamburg, Institut für Konfliktaustragung und Mediation

Auftraggeber:

- Umweltorganisationen und globalisierungskritische Netzwerke
- Kindergärten, Schulen, alternative Wohnprojekte, Wirtschaftsunternehmen, Stiftungen

Engagiert für einen sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie  
sowie einen achtsamen Umgang mit dem entstandenen Atommüll

## Voraussetzungen und Ziele

---

Unter dem Begriff Bürgerbeteiligung versteht das HZG deutlich mehr als eine eingleisige Informationsveranstaltung:

Gemeinsam mit der Bevölkerung möchte das HZG frühzeitig den Informationsbedarf, die Sorgen der umliegenden Anwohner und mögliche Konflikte auf dem Weg von der Stilllegung der kerntechnischen Anlagen bis zum Abbau identifizieren und im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und Gestaltungsmöglichkeiten einen einvernehmlichen Umgang mit diesen Belangen erzielen.“

Michael Berendt (**Umweltbeirat** der Stadt Geesthacht)

Katrin Uden-Brunn (**Umweltbeirat** der Stadt Geesthacht)

Bettina Boll (**BUND**, Geesthachter Ratsmitglied, **Bündnis 90 - Die Grünen**)

Tamara Capintei (**Elterninitiative Geesthacht**)

Anja Koops (**Elterninitiative Geesthacht**)

Jörg Kunert (**Geesthachter Bürger**, Vereinsvorstand VFL Geesthacht)

Marion Lewandowski (**AKW Nee, Bergedorf**)

Bernd Redecker (**Lüneburger Aktionsbündnis gegen Atom**)

Karl-Hermann Rosell (Geesthachter Ratsmitglied, **CDU**)

Jens Schumann (**SPD, Geesthachter Bürger**)

Dirk Seifert (**Robin Wood**)

Horst Teichmann (**Bürgerinitiative Geesthacht**)

**Geesthachter BürgerInnen**

**KommunalpolitikerInnen**

**Lokale und überregionale Anti-Atom-Initiativen und Umweltverbände**

---

- Wahl der Moderatorin und Formulierung ihrer Aufgaben (Mitbestimmung nicht nur Informationsveranstaltungen)
  - Verschiebung des Stilllegungsantrags
  - externen Begutachtung des Stilllegungsantrages durch den von der BG vorgeschlagenen Gutachter
  - Erweiterung auf die historische Betrachtung und das Thema Leukämie (Keine Tabus in der Themenwahl)
-

- > Klärung der generellen Dialogbereitschaft, konsequente doppelte Richtung der Auftragsklärung von Anbeginn
- > Wahrnehmung der Moderation als allparteilich, Zustimmung beider Seiten zur Person
- > heterogene Zusammensetzung der Dialoggruppe, in denen die vielfältigen, teils gegensätzlichen Interessen, Bedürfnisse und Werte der Betroffenen repräsentiert sind
- > ausreichend Zeit für Diskurse und ggf. geplante Zeitabläufe gemeinsam verändern
- > zeitnahe gemeinsam errungene Konsense, bei denen die „Machthabenden“ von ihrer ursprünglichen Position abrücken und sichtbar Nachteile in Kauf nehmen
- > teilweise geschützter Rahmen durch den Ausschluss der Medien



- > gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit
- > moderierte Treffen der Begleitgruppe
- > einvernehmliches Hinzuziehen von ExpertInnen
- > Transparenz der Bewertungsgrundlagen: Vorträge, Gutachten etc. zum Download zur Verfügung stellen
- > klare schriftlich fixierte Vereinbarungen über die Zusammenarbeit
- > Vereinbarung über Entscheidungsfindung im Konsens
- > Bewusstsein aller Beteiligten über den Handlungsspielraum mit seinen Beschränkungen durch Gesetzgebung oder andere Rahmenbedingungen

## **Es gibt keinen rechtlichen Rahmen und keine finanziellen Unabhängigkeit der Begleitgruppe.**

Der Dialog basiert auf „Goodwill“ der HZG und kann von dieser Seite sofort abgebrochen werden.

Es gibt im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren keinen Anspruch auf eine Beteiligung und keine Klärung in der Rolle z.B. gegenüber der Aufsichtsbehörde. Auch in der finanziell Ausstattung besteht nicht einmal im Ansatz „Augenhöhe“. Z.B. gibt es keinen freien Etat für die Bestellung von Gutachtern.

**Hier sehen wir Handlungsbedarf der Bundes- und Landesregierungen.**